

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Kč 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährlich 96.-
jährlich 192.-

Zustellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Retourenkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (18h).

Tagung:
26795, 310
Nachredaktion:
Postfachamt: 57544

Inserate werden laut Tarif
billigst berechnet. Bei öfterem
Einschaltungen Preisnachlass.

10 Jahrgang.

Mittwoch, 9. Juli 1930

Nr. 159.

An die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land.

Genoffinnen und Genoffen!

Das Parlament hat unvermittelt und vorzeitig seine Sommertagung abgebrochen. Ein Großteil des bereits vereinbarten Arbeitsprogramms ist unerledigt geblieben, wichtige Reformen sind durch kapitalistische Selbstsucht in ihrer Verwirklichung gehemmt worden. Aber aufgehoben darf nicht aufgehoben sein! Die Arbeiterklasse muß die Verwirklichung ihrer Forderungen erzwingen.

Der Bürgerblock ist am 29. Oktober 1929 geschlagen worden. Er hat seine Mehrheit verloren und war gezwungen, die Regierungsgewalt mit den sozialistischen Parteien zu teilen.

Aber diese Koalition bedeutet kein Freundschaftsbündnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Sie bedeutet nur, daß die Interessengegensätze, die früher zwischen dem regierenden Bürgerblock und der sozialistischen Opposition ausgefochten wurden, nunmehr ausgetragen werden im Schoße der Regierungsmehrheit selbst. Koalitionsregierung bedeutet eine Milderung in den Formen des politischen Kampfes, aber der Klassenkampf selbst dauert fort, solange die Klassengegensätze bestehen, auf denen die kapitalistische Gesellschaftsordnung beruht.

Die Sozialdemokratie, als die politische Vertreterin der arbeitenden Menschen, kann den geschichtlichen Klassenkampf innerhalb einer Koalitionsregierung, in ständiger Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien, in unablässigem Ringen um den Wortlaut eines jeden einzelnen Gesetzes führen, solange und nur solange das Bürgertum geneigt ist, den unumgänglichen Lebensbedürfnissen der arbeitenden Menschen entgegenzukommen.

Die Sozialdemokratie kann in einer Koalitionsregierung verbleiben, solange sich diese Regierung in ihrem sozialen Inhalt von der Regierung eines Bürgerblocks wesentlich unterscheidet.

Die bisherige Tätigkeit der Konzentrationregierung hat dieser Bedingung entsprochen.

Die seit Jahren brach liegende Sozialpolitik ist neu belebt worden. Als erste und wichtigste Maßnahme in der herrschenden Wirtschaftskrise ist die Arbeitslosenfürsorge wesentlich verbessert worden. Die Unterstützungsdauer ist verdoppelt, der Staatsbeitrag verdreifacht worden, für Zeiten außerordentlicher Arbeitslosigkeit wurden besondere Vorkehrungen getroffen. Die produktive Arbeitslosenfürsorge, seit dem Inkrafttreten des Wenter Systems erloschen, wurde wiederum eingeführt. So haben die Sozialdemokraten, indem sie bestrebt waren, das Los der Arbeitslosen zu mildern, gleichzeitig alles darangesetzt, neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und die schrecklichste Folge der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie, die Arbeitslosigkeit, wirksam zu bekämpfen.

Die Sozialdemokratie vermochte innerhalb der Regierungsmehrheit den Mieterschutz erfolgreich zu verteidigen und eine allgemeine Zinserhöhung abzuwehren. Die Bauförderung, unter dem Bürgerblock auf Steuererleichterungen und eine wenig wirksame Staatsgarantie beschränkt, wurde unter sozialistischem Einfluß durch Beistellung staatlicher Mittel erweitert, welche die Herstellung von 22.000 billigen, ausschließlich für proletarische Schichten bestimmten Wohnungen ermöglichen und gleichzeitig der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten dienen sollen.

Das Unrecht, das der Bürgerblock mit dem Gehaltsgesetz vom Jahre 1926 an den Altpensionierten begangen hat, wird durch stappweise Gleichstellung mit den Neupensionierten beseitigt, Tausende von proletarischen Existenzen, Eisenbahner, Postler, Tabakarbeiter, kleine Beamte im Ruhestande, erhalten dadurch eine Verbesserung ihrer Bezüge. Die Abgebauten, im Jahre 1926 von den deutschen Aktivisten im Stich gelassen, wurden jetzt in die Gleichstellung einbezogen.

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat unter sozialdemokratischer Leitung das Ueberstundenunwesen eingeschränkt, ein Jugendgewerbeinspektorat errichtet, für den Schutz der Pflegekinder vorgesorgt, für die Kriegsverletzten den Invalidenfonds geschaffen. Das Ernährungsministerium hat den Kampf gegen Wucher und Lebensmittelalichungen aufgenommen. Die Sozialdemokratie ist noch nicht stark genug, um den ganzen Staatsapparat mit ihrem Geiste zu durchdringen, aber wo sie es vermag, hat sie ihn in den Dienst des sozialen Fortschrittes gestellt.

Die Sozialdemokratie ist auch den agrarischen Ansprüchen wirksam und erfolgreich entgegengetreten. Eine schwere Landwirtschaftskrise erforderte Hilfsmaßnahmen der Regierung und des Parlaments. Dieser Notwendigkeit konnte sich keine verantwortungsbewußte Partei entziehen. Aber die agrarische Schutzgesetzgebung des Jahres 1930 sieht wesentlich anders aus als die Agrargesetzgebung des Jahres 1926, die im Zeichen des uningeschränkten Diktats der Agrarier stand. Der Weg der mechanischen Zollerhöhungen ist verlassen worden. An die Stelle der starren, bloß auf Preissteigerung abzielenden Zölle sind gleichende Zuschläge getreten, welche den Zweck haben, die Getreide- und Fleischpreise zu stabilisieren und so den Schutz der Erzeuger mit einem Schutz der Verbraucher zu verbinden.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Vergleichen Sie die Zollgesetzgebung des Bürgerblocks in Deutschland, die dem Landwirtschaftsminister eine unbegrenzte Vollmacht zu Zollerhöhungen gibt, und die Angriffe des Bürgerblocks in Deutschland auf die Arbeitslosenversicherung und auf die Krankenversicherung mit der Zoll- und mit der sozialen Gesetzgebung in der Tschechoslowakischen Republik! Vergleichen Sie die Absicht des österreichischen Bürgerblocks, eine Mehlaufgabe von 15 Groschen auf jedes Kilogramm Mehl zu legen, mit unseren gleitenden Zollzuschlägen, durch die, selbst bei voller Auswirkung, die Getreidepreise nicht einmal den Durchschnitt der letzten fünf Jahre erreichen können!

Vergleichen Sie die Anschläge der österreichischen Reaktion auf die gewerkschaftliche Freiheit der Arbeiter, auf die erworbenen Rechte der Eisenbahner, auf die Arbeitslosenversicherung mit der Wirksamkeit der Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen Regierung!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Wir wollen unsere Erfolge in der Koalition nicht übertrieben. Die Sorge um die durch die Wirtschaftskrise bedrohte Existenz der Arbeiter und Angestellten hat unsere Kräfte vor allem in Anspruch genommen und wird auch in Zukunft eine der wichtigsten Aufgaben der Partei sein.

Aber dabei dürfen wir an den üblen Erbschaften aus der Zeit des Bürgerblocks nicht vorbeigehen. Die Verwaltungsreform hat die Macht der Bürokratie ins Uebermaß gesteigert und die Demokratie zurückgedrängt. Wir sind uns auch voll dessen bewußt, welche Aufgaben auf dem Gebiete der nationalen Verständigung noch zu leisten sind und welche Aufgaben uns dem Militarismus gegenüber erwachsen. Aber wenn auch auf all diesen Gebieten noch große Arbeit zu tun bleibt, so können wir doch, bei aller Rückständigkeit und bei aller Vorsicht, nach dem Anschauungsunterricht durch den Bürgerblock in den benachbarten Staaten mit gutem Gewissen aussprechen, daß die Mitarbeit der Partei in der Koalitionsregierung der Arbeiterklasse auf sozialpolitischem Gebiete schätzenswerte positive Erfolge gebracht und sie vor großem Unheil bewahrt hat.

Genoffen und Genoffinnen!

Die Sozialdemokratie ist bereit und entschlossen, diese Mitarbeit fortzusetzen, solange sie für die Arbeiterklasse nützlich ist. Sie ist bereit, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme durch Kompromisse unter Berücksichtigung der bestehenden Machtverhältnisse zu lösen. Aber sie verlangt die gleiche Einsicht auch von den bürgerlichen Parteien.

Die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien bei den letzten Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition bedroht ernstlich die Möglichkeit dieser Zusammenarbeit.

Die Regierung hat dem Parlament eine Novelle zum Kriegsbeschädigtengesetz unterbreitet, durch welche die Bezüge der Schwerförmigen und der arbeitsunfähigen Witwen verbessert, Waisen die nachträgliche Anmeldung ihrer Ansprüche ermöglicht und die Eintreibung von Uebergenüssen eingeschränkt werden soll. Diese Vorlage bedeutet die erste entscheidende Etappe in der Befriedigung der gerechtfertigten Forderungen der Kriegsverletzten. Sie ist vom Senat verabschiedet, vom Abgeordnetenhaus aber vor den Ferien nicht mehr erledigt worden.

Die Regierung hat dem Abgeordnetenhaus einen Regierungsantrag vorgelegt, der den Staatsangestellten 70 Prozent eines Monatsgehältes als Weihnachtsgelohn zuerkennt. Dadurch werden die Härten, welche das Gehaltsgesetz des Jahres 1926 gerade für die niedrigen Kategorien der Staatsangestellten bedeutet hat, wenigstens einigermaßen gemildert. Zehntausende von schlechtbezahlten Angestellten im Büro, im Eisenbahnbetrieb, in den Tabakfabriken erwarten von dieser Zulage eine kleine Verbesserung ihrer Existenz. Sie bedeutet gleichzeitig eine Erhöhung der Konsumkraft der Gesamtbevölkerung. Im Jahre 1922 hat der Abbau der Bezüge der öffentlichen Angestellten das Signal zum allgemeinen Lohnabbau in der Privatwirtschaft gegeben. Darum haben nicht nur die öffentlichen Angestellten, sondern die gesamte Arbeiterschaft und alle Konsumenten ein Interesse an der Gesehwerdung des 13. Monatsgehältes. An der Beseitigung jeder einzelnen Arbeiter- und Angestelltenkategorie ist die gesamte Arbeiterklasse lebhaft interessiert. Aber die Vorlage ist bisher noch nicht einmal vom Ausschuss beschlossen worden.

Die Regierung bereitet eine Novellierung des Gemeindefinanzzgesetzes vor. Keine grundlegende Reform der autonomen Finanzwirtschaft, die ja eine viel gründlichere Vorbereitung und verlässliche statistische Unterlagen erfordern würde, aber doch eine Vermehrung der Einnahmen unserer Selbstverwaltungskörper und damit eine Erleichterung ihrer sozialen und kulturellen Wirksamkeit. Aber das Gesetz ist noch nicht einmal dem Parlament als Antrag der Regierung vorgelegt worden.

Innerhalb der Regierung werden Verhandlungen zwischen dem Minister für soziale Fürsorge und dem Finanzminister geführt, um eine Erhöhung der gänzlich unzureichenden staatlichen Altersunterstützungen zu erzielen. Auch diese Verhandlungen sind durch den vorzeitigen Sessionschluss ins Stocken geraten.

Warum konnten diese wichtigen und notwendigen Reformen noch nicht verwirklicht werden?

Sozialpolitische Maßnahmen erfordern die Bereitstellung von Geldmitteln. Die Sozialdemokratie ist sich dieser Notwendigkeit bewußt. Die Sozialdemokratie kann aber nicht zugeben, daß die neu erwachsenden öffentlichen Lasten ausschließlich durch Belastung des Konsums und des Verkehrs ausgebracht werden.

Der Bürgerblock hat sich seine Finanzpolitik sehr leicht gemacht. Die Konjunktur, die nicht dank seiner Wirtschaftspolitik, sondern dank der weltwirtschaftlichen Entwicklung drei Jahre lang bestand, hat der Staatskasse Jahr für Jahr gesteigerte Steuereingänge, gewaltige Ueberüberschüsse zugeführt. Trotz dieser günstigen Finanzlage hat der Bürgerblock für die sozial schwachen Schichten der Bevölkerung überhaupt nichts geleistet. Er hat die günstige Klassenlage des Staates vielmehr dazu benützt, um durch die Steuerreform die bestehenden Klassen sehr ausgiebig zu entlasten, während er die Massenbelastung nicht nur nicht milderte, sondern durch Erhöhung der Zucker- und der Spiritussteuer noch verschärfte. Die Koalitionsregierung, die in der Wirtschaftskrise, bei stark sinkenden Steuereingängen, die Sozialpolitik ausbauen muß, kann und darf auf diesem Wege nicht fortfahren. Unter sozialistischem Druck vollzieht sich auch auf diesem Gebiete die Abkehr von den Methoden des Bürgerblocks.

Der Finanzminister hat in seinem Entwurf der Gemeindefinanznovelle eine sehr mäßige, zur Abwendung des Ruins der Gemeindevirtschaft unumgängliche Forderung der Umlagen...

Aber dieser Steuererhöhung widersehen sich die bürgerlichen Parteien.

Sie fragen nicht, ob der arbeitende Mensch mit seinen fargen Bezügen das Auslangen finden kann...

Diese Anmaßung des Bürgertums ist unerträglich.

Dieser Widerstand der Kapitalisten muß gebrochen werden. Er kann nur gebrochen werden, wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen treu zu ihrer Partei, treu zur Sozialdemokratie stehen.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Das Bürgertum ist trotz seiner Wahlniederlage von einem gewaltigen Machtbewußtsein erfüllt, weil es sich einer uneinigen Arbeiterklasse gegenüber steht...

Jeder, der heute indifferent absieht, stärkt das Bürgertum.

Jeder, der heute in den Reihen der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie kämpft, ist ein indirekter Verbündeter des Bürgertums.

Jeder, der in den Reihen der Nationalsozialisten Radau mit sozialem Radikalismus verwechselt, ist ein direkter Verbündeter des Bürgertums.

Darum, Arbeiter und Arbeiterinnen, alle in die Sozialdemokratie!

Stärkt die Reihen eurer Klassenpartei!

Kämpft mit ihr, in ihren Reihen, vereint mit dem gesamten Klassenbewußten Proletariat des Landes.

Für die weitere Ausgestaltung der Sozialpolitik!

Für den Ausbau der Demokratie!

Für die nationale Verständigung!

Für die Abrüstung, für die Abbürdung der militärischen Lasten und für die Verkürzung der Dienstzeit!

Für die gerechte Verteilung der Steuerlasten!

Nur eine starke Sozialdemokratie kann diese Forderungen verwirklichen. Nur eine starke Sozialdemokratie bietet die Gewähr für die wirksame Vertretung der proletarischen Lebensinteressen...

Darum alle in die Reihen der Sozialdemokratie! Auf zum Kampf! Auf zum Sieg!

Die Parteivertretung und die Klubs der Abgeordneten und Senatoren der Deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei.

Deutschlands Antwort auf Briands Panuropa-Vorschlag.

Voraussetzung ist politische Gleichberechtigung aller Mitglieder.

Berlin, 8. Juli. (Eigenbericht.) Der auswärtige Ausschuh des Reichstages hat sich heute mit der deutschen Antwort auf das französische Memorandum über die Organisation einer europäischen Bundesordnung beschäftigt...

Deckungsprogramm mit oder ohne § 48?

Brünning wartet noch eine letzte Woche.

Berlin, 8. Juli. (Eigenbericht.) Auch der heutige Tag hat noch keine Klärung darüber gebracht, ob die Regierungsparteien dem Deckungsprogramm des Kabinetts Brünning zustimmen werden oder nicht...

Die Separatistenverfolgungen dauern an.

Berlin, 8. Juli. Vor dem im Westen von Trier gelegenen Gasthaus „Jepp“, einem Hause, das früher ein bekanntes Verkehrslokal für Besatzungsangehörige und Separatisten war...

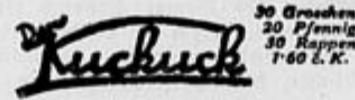
Gurtius entschuldigt die Exzesse?

Berlin, 8. Juli. Wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat der deutsche Außenminister in seiner gestrigen Unterredung mit Volschaffer de Margerie selbstverständlich die Gewalttaten im Saargebiet verurteilt...

hochverräterische Treiben der Separatisten erklären. Der Reichsaußenminister hat dann des weiteren dargelegt, welche Maßnahmen die Reichsregierung von sich aus und auf ihre Veranlassung die Landesbehörden zur Durchführung der Amnestievereinbarungen ergriffen haben...

Der selbstherrliche Fried.

Berlin, 8. Juli. (Eigenbericht.) Die neuen nationalsozialistischen Polizeidirektoren in Weimar, Jena, Gera, Gotha, Hildburghausen und Zellamelsberg haben ihre Kemer bereits am Montag angetreten...



Die größte illustrierte Wochenschrift Erscheint jeden Sonntag Überall erhältlich

Die Fürstin und ihr Bandit.

Roman von Georg Strelisler. 3 Deutsche Rechte. Th. Anand. Verlag.

Diesen Augenblick benützte Tete, um die Aktentasche unbemerkt hinter seinem Rücken wegzunehmen und mit ihr im Nebenzimmer zu verschwinden.

Ich nahm an, daß der Inhalt der Papiere, welche diese Tasche enthielt, zur Kenntnis unerwünschter Stellen gelangen sollte.

„Madame Tatjana“, sagte ich, indem ich auf sie zutrat. Sie erschraf heftig. „Was wollen Sie?“ hauchte sie. „Es lag mir völlig fern, einen Skandal in diesen Räumen zu inszenieren.“

dasens Aktentasche aus der Hand und trug sie in das Spielzimmer zurück, um sie wieder auf den früheren Platz zu legen.

Nach einer Weile kam auch die Fürstin wieder zum Vorschein. Ihr Gesicht war leicht gerötet. Es entging mir nicht, daß sie Dupré ein Zeichen gab.

Zeit diesem Abend entzieht mir Tatjana ihre Gunst. Ich fürchte fast, daß sie mich haßt. Aber ich konnte und durfte nicht anders handeln, wenn ich nicht die Interessen unseres Staates aufs Spiel setzen wollte.

Zweites Kapitel.

Mister Stoping macht einen bemerkenswerten Vorschlag.

Am nächsten Morgen klingelte mich, wie erwartet, Stoping aus dem Athene-Palace-Hotel an. „Mister Bracu — die Prinzessin Pizicattino hatte die Liebesswürdigkeit...“

„All right“, rief Stoping, „ich bin in einer Viertelstunde bei Ihnen, wenn es Ihnen paßt.“

Er stellte sich mit einer Pünktlichkeit ein, die für unser Land, wo Zeit noch lange kein Geld bedeutet, etwas Ungewohntes war.

„Ich hatte das Vergnügen, Ihren Gesandten in Washington kennenzulernen“, begann er, „er machte mich auf die Schönheiten Ihres Landes aufmerksam.“

„Sie sind geschäftlich hier?“ fragte ich. „Well — natürlich! Ich bin gekommen, um das Terrain zu sondieren.“

„Vortrefflich! Eine famose Lady — Ihre Prinzessin! Aber es dürfte vielleicht am Plage sein, Ihnen einige Angaben über die Größe unserer Organisation zu machen.“

nach Rom. Wir besitzen eine schriftliche Anerkennung des Kardinal-Staatssekretärs, der uns seine Bewunderung für die vorzügliche Organisation unserer Pilgerfahrten ausspricht.

„Und was bezweckt Ihr Aufenthalt in Bukarest?“ „Das will ich Ihnen soeben erklären, Mister Bracu. Wir sehen uns genötigt, unser Programm zu erweitern.“

„Das will ich Ihnen soeben erklären, Mister Bracu. Wir sehen uns genötigt, unser Programm zu erweitern. Die französischen Schlachtfelder sind langsam aus der Mode gekommen.“

(Fortsetzung folgt.)

